

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr
der Stadt Georgsmarienhütte vom 12.05.2014
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173,

Anwesend:

Vorsitzender

Schoppmeyer, Thorsten

Mitglieder

Beermann, Volker

Böhle, Rolf

Büter, Rainer

Daudt, Georg

Vertreter für Frau Wallenhorst

Gröne, Christoph

Vertreter für Herrn Holz

Grothaus, Ludwig

Kir, Emine

Korte, Thomas

Kraegeloh, Klaus

bis TOP 11

Lorenz, Robert

Rehm, Johannes

Vertreter für Herrn
Hebbelmann

Symanzik, Julian

Fehlende Mitglieder

Hebbelmann, Udo

Vertretung durch Herrn Rehm

Holz, Benedikt

Vertretung durch Herrn Gröne

Wallenhorst, Sandra

Vertretung durch Herrn Daudt

Verwaltung

Pohlmann, Ansgar

Reinersmann, Herbert

Kramer, Martin

Frühling, Manfred

Telkamp, Wolfgang

Möllenkamp, Andreas Umweltbeauftragter

Wolf, Andreas

Protokollführer/in

Spieker, Thorsten

Beginn: 18:02 Uhr**Ende:** 21:20 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. FB IV/04/2014 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 28.04.2014
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Bauvoranfrage der Fa. MFW
3.2.	Anfrage eines Investors für Pflegeheim
3.3.	Harderburg
3.4.	Straßeninstandsetzungsarbeiten 2014
4.	Bushaltestellen im Stadtgebiet - Ausbauprogramm 2015 Vorlage: BV/091/2014
5.	Ergebnisse der Machbarkeitsstudie der Errichtung des Hochwasserschutzpolders und der Hochwasserschutzwände im Stadtzentrum und Entwicklungsvorstellungen der Firma Wiemann Vorlage: BV/101/2014
6.	Konzept zur Integrierten Ländlichen Entwicklung - ILEK Vorlage: BV/100/2014
7.	Attraktivierung Hindenburgstraße Vorlage: MV/029/2014
8.	Aktive Innenentwicklung in Alt-Georgsmarienhütte. Hier: Einstieg Vorlage: MV/021/2014
9.	Bebauungsplan Nr. 5 „Flur 6“ – 3. Änderung (Holzhausen) - Entwurfsbeschluss und Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB Vorlage: BV/074/2014
10.	Antrag auf Errichtung von Wohngebäuden auf dem Grundstück des ehemaligen Kindergartens "3 Freunde", Theodor-Storm-Weg Vorlage: BV/095/2014
11.	Bauvoranfrage auf Errichtung eines Ersatzwohnhauses,

Franzhöhe 41, Kloster Oesede
Antrag vom 03.04.2014
Vorlage: BV/099/2014

- 12. Mühlenteich Kloster-Oesede
Vorlage: BV/094/2014
- 13. Beantwortung von Anfragen
- 14. Anfragen
- 14.1. Lärmschutzwand B51
- 14.2. Lärmschutzwand B51
- 14.3. Ampelschaltung Kreuzung B51/Wellendorfer Straße
- 14.4. Ampelschaltung Schulstraße/Raiffeisenstr. zur
Geschwindigkeitsreduzierung
- 14.5. Anfrage Normenkontrollverfahren Parkplatz
Hindenburgstraße
- 14.6. Anfrage Sachstand BVA Willebrand
- 14.7. Anfrage Ablehnung BVA Wüller

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Schoppmeyer eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung wird von Herrn Symanzik beantragt, den TOP 12 vor dem TOP 4 aus Rücksicht auf die hierzu erschienenen Bürger und Bürgerinnen zu behandeln.

Herr Beermann ergänzt, dass die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte zukünftig dem Grad der Bürgerinteressen angepasst werden sollte.

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 10 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist der Fall.

Herr Günter Rolwes aus Kloster Oesede möchte zu TOP 12 gehört werden.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. FB IV/04/2014 über die

öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 28.04.2014

Die Genehmigung des Protokoll Nr. FB IV/04/2014 der Ausschusssitzung vom 28.04.2014 wird auf die Sitzung am 19.05.2014 verschoben.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Bauvoranfrage der Fa. MFW

Herr Frühling stellt anhand einer Planzeichnung die Bauvoranfrage der Fa. MFW Fertigteile GmbH vor.

Herr Frühling teilt mit, dass für das Grundstück „Oeseder Straße 10“ (Eckgrundstück Osterheide) ein Antrag auf Errichtung eines Bürogebäudes mit zwei Vollgeschossen und einem Staffelgeschoss als oberstes Geschoss eingereicht wurde. Planungsrechtlich bestehen keine Bedenken gegen das Vorhaben.

Der Ausschuss nimmt diese Information zur Kenntnis.

3.2. Anfrage eines Investors für Pflegeheim

Herr Reinersmann informiert über die Anfrage eines Investors, der bei der Stadt Georgsmarienhütte um Unterstützung bei der Suche nach einem geeigneten Grundstück für die Errichtung eines Pflege- und Wohnzentrums nachgefragt hat.

Herr Paul, Pflegedienst Georgsmarienhütte, sucht nach einem geeigneten Grundstück in der Größenordnung 3.500 - 4.000 m² für die Errichtung eines Pflege- und Wohnzentrums mit

- 50 stationären Pflegeplätzen
- 10 Kurzzeitpflegeplätzen
- Eine Wohngemeinschaft mit 6 Plätzen für demenzkranke Menschen
- Zwei Wohngemeinschaften mit je 10 Plätzen für SeniorInnen
- Vier Wohnungen des Betreuten Wohnens
- Die Möglichkeit des Service Wohnens in einer Wohneinheit

Herr Reinersmann weist ergänzend darauf hin, dass es bereits in der jüngeren Vergangenheit derartige Anfragen gegeben hat; hierüber soll insgesamt in einer der nächsten Sitzungen berichtet werden.

3.3. Harderburg

Herr Reinersmann informiert über den Sachstand der juristischen Prüfung. Die Stadt Georgsmarienhütte hat Herrn Rechtsanwalt Dr. Dälken zur Beratung hinzugezogen.

Der Rechtsbeistand der Bauherren bittet darum, bis etwas Gegenteiliges bewiesen sei, von einem vertragskonformen Verhalten seiner Mandanten auszugehen.

Die Angelegenheit werde nun durch die jeweiligen Anwälte geprüft.

Es wird davon ausgegangen, in der Sitzung am 19.05.2014 weitere Informationen gegeben werden können.

3.4. Straßeninstandsetzungsarbeiten 2014

Straßeninstandsetzungsarbeiten 2014

Herr Telkamp informiert über die geplanten Straßeninstandsetzungsarbeiten 2014. Als Programmgrundlage für Straßeninstandsetzungsarbeiten 2014 dienen die in 2013 vorgestellten und fortgeschriebenen Ansätze. Detaillierte Angaben zu Maßnahmen erfolgen in der Juni Sitzung des Fachausschusses. Vorab erfolgt ein Vergabeverfahren für anstehende Deckenbauarbeiten, die Wiederherstellung von Aufgrabungen, und Instandsetzung von Aussenbereichsstraßen im Rahmen der Wertgrenzen des § 3 Abs. 3 Nr. 1 VOB/A2012 (jeweils beschränkte Ausschreibung mit Auftragswert max. 178500 €). Zeitvertragsarbeiten für Straßenmarkierungen in 2014 wurden nach beschränkter Ausschreibung an Fa. Seewald, Wettringen vergeben. Die Laufzeit des Zeitvertrags für Straßenbauarbeiten mit Fa. Clausing Osnabrück wurde bis Ende 2014 verlängert.

4. Bushaltestellen im Stadtgebiet - Ausbauprogramm 2015 Vorlage: BV/091/2014

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Telkamp stellt die Bestandsflächen der Haltestellen vor. Bei den dargestellten Kosten handelt es sich um eine Schätzung für die Antragstellung von Fördergeldern. Die Höhe gibt Herr Telkamp mit 60 – 75 % der förderfähigen Kosten an. Nach kurzer Beratung wird der Beschlussempfehlung einstimmig zugestimmt.

Folgender Beschluss wird gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderanträge für den Ausbau der Haltestellen

- Südring	Panoramabad 1	Richtung Schauenroth
- Heinrich-Stürmann-Weg	Panoramabad 2	Richtung Oesede
- Schauenroth	Stadtring 1	Richtung Parkfriedhof
- Schauenroth	Stadtring 2	Richtung Zentrum
- Südring	Lortzingstraße 1	Richtung Parkfriedhof
- Südring	Lortzingstraße 2	Richtung Panoramabad

fristgerecht vorzubereiten.

Der Ausbau der Haltestelle Am Markt, Kloster-Oesede, ist ebenfalls zu beantragen. Die Kosten für diese Maßnahme sind vom Straßenbaulastträger zu tragen.

5. Ergebnisse der Machbarkeitsstudie der Errichtung des Hochwasserschutzpolders und der Hochwasserschutzwände im Stadtzentrum und Entwicklungsvorstellungen der Firma Wiemann
Vorlage: BV/101/2014

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Reinersmann konkretisiert die Planungskosten anhand der Machbarkeitsstudie. Es werden die Varianten 1 und 2 unter Kostengesichtspunkten und unter Einbeziehung der Situation mit aktuellen, bislang noch nicht bekannt gemachten, Zahlen der Fa. Wiemann vorgestellt.

Herr Rehm erklärt für die CDU Fraktion, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung zu Variante 2 favorisiert wird. Es sieht auch die Wirtschaftsförderungsparallele zur Fa. Wiemann.

Herr Bürgermeister Pohlmann stellt klar, dass eventuelle Mehrkosten nicht zulasten der Stadt Georgsmarienhütte gehen, die Fa. Wiemann werde sich, natürlich abhängig von der Maßnahme, auch entsprechend beteiligen müssen.

Herr Lorenz fordert, dass sämtliche Kosten und Details bekannt gemacht werden müssen. Er habe den Eindruck, dass die Verwaltung bereits längst mit der Fa. Wiemann zu deren Gunsten alles abgesprochen hätte.

Man müsse sich bewusst machen, dass es in Georgsmarienhütte eine Fabrik im innerstädtischen Bereich gebe, die die Stadtentwicklung schon jetzt einschränke. Er weist weiter auf die Gefahr des Spähnebunkers, der bereits in der Vergangenheit des Öfteren negativ auf sich aufmerksam gemacht hat und das erhöhte Verkehrsaufkommen hin. Herr Lorenz fordert Herrn Bürgermeister Pohlmann auf zu prüfen, ob Gelder für eine Auslagerung des Betriebes in Hannover, Berlin oder Brüssel realisierbar wären.

Herr Lorenz beantragt abschließend, den TOP 5 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Herr Bürgermeister Pohlmann verwehrt sich gegen den Vorwurf der Absprache zugunsten der Fa. Wiemann. Selbstverständlich sei es aber erforderlich, miteinander die Möglichkeiten des Hochwasserschutzes zu erörtern und letztlich einen gemeinsamen Konsens zu finden. Sämtliche Fördermöglichkeiten werde er prüfen lassen. Konkret könne dies jedoch erst geschehen, wenn eine städtebauliche Lösung durch die Politik gefunden werde.

Herr Reinersmann erläutert, dass bei einer städtebaulichen Maßnahme der Teil „Flächensanierung“ z.B. mit dem Ziel einer Wohnbebauung der Flächen durch das vorhandene Grundstück von 9 – 9,5 ha ein maximaler Finanzbetrag von 4 bis 4,5 Mio € erbracht werden könnte, eine Refinanzierung hierdurch somit ausscheide.

Der Ausschussvorsitzende Herr Schoppmeyer unterbricht die Sitzung zur Behebung technischer Probleme der Präsentation im Zeitraum 19.40 bis 19.50 Uhr.

Herr Wolf fasst die bei der Fa. Wiemann durchgeführte Informationsveranstaltung zum Standort Georgsmarienhütte zusammen.

Er erläutert die verschiedenen Möglichkeiten der Fa. Wiemann anhand einer Übersicht. Herr Wolf stellt weiterhin eine Präsentation der Möglichkeiten der Fa. Wiemann aus Sicht der Wirtschaftsförderung vor. Ergänzt werden seine Ausführungen aus dem Publikum von Herrn Bögeholz, Technische Leitung der Fa. Wiemann, dem das Wort vom Ausschussvorsitzenden zuvor erteilt wird.

Herr Bögeholz macht deutlich, dass zukünftig ein enormer Flächenbedarf bei der Fa. Wiemann besteht, um am Markt weiterhin konkurrenzfähig bleiben und die ca. 600 Arbeitsplätze sichern zu können. Eine Auslagerung der Firma wäre aus betriebswirtschaftlicher Sicht die optimale Lösung, aus finanzieller Sicht aber unwirtschaftlich. Die notwendigen Investitionen wären in einer nicht realisierbaren Größenordnung erforderlich.

Herr Rehm stellt im Namen der CDU Fraktion klar, dass eine Verschleppung des Verfahrens nicht akzeptiert wird. Die Politik habe die „Hütte“ in schlechten Zeiten auch nicht im Stich gelassen und dasselbe müsse für die Fa. Wiemann im Sinne der 600 Arbeitsplätze gelten. Die Möglichkeit einer Auslagerung hält er ebenfalls für wenig realistisch.

Herr Beermann weist darauf hin, dass es hier um eine langfristige und nachhaltige Entscheidung gehe. Dass entsprechender Handlungsbedarf auch im Hinblick auf die Fa. Wiemann bestehe, sei ihm bewusst. Wegen der Schwere der Entscheidung sehe er aber weiteren Diskussionsbedarf. Zumal bei der Informationsveranstaltung der Fa. Wiemann von einer Flächenerweiterung um 70 Meter, jedoch in der vorangegangenen Präsentation noch von 40 Meter die Rede war. Diese Entscheidungen haben gravierende Konsequenzen für die Stadt Georgsmarienhütte, für die man hier verantwortlich die Entscheidungen treffen müsse.

Herr Bürgermeister Pohlmann weist darauf hin, dass nun endlich Bewegung in die langjährig festgefahrene Situation der Geländeerweiterung der Fa. Wiemann aufgrund des Hochwasserschutzkonzeptes gekommen ist. Da dieses große Thema nur gemeinsam getragen werden kann, sei man bemüht, möglichst viele Informationen zu geben. Wenn weitere Informationen benötigt würden, dann seien diese doch bitte von der Politik eindeutig zu benennen.

Herr Lorenz weist auf die große Tragweite der Entscheidung, die zu treffen sei, hin. Dies ginge jedoch nicht ohne hinreichende Informationen. Er selbst werde in den nächsten Tagen noch einen Fragenkatalog an die Verwaltung übersenden.

Herr Schoppmeyer wiederholt die Forderung des Herrn Bürgermeisters Pohlmann, welche Informationen von der Verwaltung in den Ausschuss geliefert werden sollen.

Herr Beermann verlangt nach einem objektiven Gutachten der Lärmimmissionen, um auch eine juristische Sicherheit zu haben. Er weist weiter darauf hin, dass die Zentrumsentwicklung vor allem unter Berücksichtigung des demographischen Wandels erfolgen müsse. Auch er wolle in den nächsten Tagen einen Fragenkatalog aufstellen und an die Verwaltung richten.

Herr Böhle erkundigt sich nach den zeitlichen Möglichkeit bzw. Spielräumen der Fa. Wiemann.

Hierauf melde sich Herr Bögeholz zu Wort und weist darauf hin, dass der Ersatz von Fertigungsmaschinen ansteht. Neue Maschinen können zunächst aber nur parallel eingesetzt werden. Hierfür gibt es aber keinen Platz. Somit sei die Erweiterung für die Fa. Wiemann sehr dringend, denn den dargestellten Anforderungen des Marktes gelte es zeitnah nachzukommen.

Herr Bürgermeister Pohlmann stellt noch einmal klar, dass beide Varianten den erforderlichen Hochwasserschutz gewährleisten können, so dass letztlich die Frage ausschlaggebend ist, ob eine Option für die Erweiterung der Fa. Wiemann gegeben werden soll. Es sei eine Bauleitplanung und weitere Verfahren einzuleiten, für die jedoch Entscheidungen aus der Politik notwendig seien.

Der Ausschussvorsitzende lässt sodann über den Antrag des Herrn Lorenz, den TOP zur Beratung in die Fraktionen zurückzuverweisen, abstimmen.

Dem Antrag wird mehrheitlich mit 7 Ja zu 6 Nein Stimmen zugestimmt.

Ein Beschluss wird somit nicht gefasst.

6. Konzept zur Integrierten Ländlichen Entwicklung - ILEK
Vorlage: BV/100/2014

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Bürgermeister Pohlmann stellt die Beschlussvorlage vor und erläutert die Möglichkeiten, die sich durch eine Gemeinschaftliche Entwicklung bieten.

Nach kurzer Diskussion wird der Beschlussvorschlag einstimmig angenommen.

Folgender Beschluss wird gefasst:

Die Stadt Georgsmarienhütte beteiligt sich an einem Konzept für die integrierte ländliche Entwicklung (ILEK) der Kommunen Hasbergen, Hagen, Georgsmarienhütte, Bissendorf, Belm, Wallenhorst.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Anerkennung als ILE-Region gemeinsam mit den genannten benachbarten kreisangehörigen Kommunen (Integrierte Ländliche Entwicklung) beim Land Niedersachsen zu beantragen.

7. Attraktivierung Hindenburgstraße
Vorlage: MV/029/2014

TOP wurde auf die nächste Sitzung am 19.05.2014 vertagt.

8. Aktive Innenentwicklung in Alt-Georgsmarienhütte. Hier:
Einstieg
Vorlage: MV/021/2014

TOP wurde auf die nächste Sitzung am 19.05.2014 vertagt.

- 9. Bebauungsplan Nr. 5 „Flur 6“ – 3. Änderung (Holzhausen)**
- Entwurfsbeschluss und Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: BV/074/2014

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Da keine Nachfragen zur Beschlussvorlage bestehen, lässt der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

Folgender Beschluss wird gefasst:

Das vorliegende Plankonzept zum Bebauungsplan Nr. 5 „Flur 6“ – 3. Änderung mit der Begründung wird als Entwurf beschlossen. Auf dieser Grundlage erfolgt die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB.

- 10. Antrag auf Errichtung von Wohngebäuden auf dem Grundstück des ehemaligen Kindergartens "3 Freunde", Theodor-Storm-Weg**
Vorlage: BV/095/2014

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Nach kurzer Beratung wird sich darauf verständigt, dass der Ausschuss keine Entscheidung zum Beschlussvorschlag treffen wird.

Die Verwaltung wird beauftragt, zunächst Gespräche mit den Investoren und der Kirchengemeinde sowie Anwohnerbefragungen nach Bauinteresse zu führen.

- 11. Bauvoranfrage auf Errichtung eines Ersatzwohnhauses, Franzhöhe 41, Kloster Oesede**
Antrag vom 03.04.2014
Vorlage: BV/099/2014

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Reinersmann stellt die Beschlussvorlage vor.

Da keine Nachfragen zur Beschlussvorlage bestehen, lässt der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen

Folgender Beschluss wird gefasst:

Die Stadt Georgsmarienhütte stimmt der Bauvoranfrage auf Errichtung eines Ersatzwohnhauses auf dem Grundstück „Franzhöhe 41“ zu; das erforderliche Einvernehmen zu diesem Bauvorhaben wird im Rahmen der konkreten Beantragung erteilt. Die Nutzung des bisherigen Gebäudes als Wohngebäude ist aufzugeben.

12. Mühlenteich Kloster-Oesede

Vorlage: BV/094/2014

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Möllenkamp fasst den bisherigen Verlauf in der Angelegenheit noch einmal zusammen.

Herr Beermann fordert die Umsetzung des Beschlusses aus dem Jahre 2013, den Mühlenteich ausbaggern zu lassen. Hierzu solle ein konkreter Kostenvoranschlag für die Ausbaggerung aufgrund der neuen Berechnungsgrundlage durch die Verwaltung eingeholt werden.

Herr Möllenkamp antwortet hierauf, dass dies bereits versucht worden sei, die angefragten Firmen jedoch ohne konkrete Rahmenbedingungen für die Sanierung keine Kalkulation für einen Kostenvoranschlag erstellen können. Des Weiteren müsste beim Landkreis eine Antragsänderung für die Ausbaggerung und den Abtransport des Schlammes gestellt werden.

Herr Möllenkamp verweist nochmal auf das Gutachten des Limnologen, wonach eine Ausbaggerung nicht empfohlen wird, um die vorhandene Biozönose zu erhalten. Bei einer Ausbaggerung bestehe die Gefahr, dass sich eine Gewässerverschlechterung durch eine Algendominanz bildet.

Herr Beermann erkennt, dass der Aufwand sehr hoch sein werde, verweist aber auch auf die Ausbaggerung des Casino-Teiches. Man müsse alle Möglichkeiten, wie eine vorangehende Trocknung des Schlammes vor der Abfuhr, als auch die unmittelbare Abfuhr des Schlammes nach dem Ausbaggern prüfen lassen. Des Weiteren wird angemerkt, als Alternative zu einem außerhalb der Mühlenteiche liegenden Schlamm-polder, die Möglichkeit der Schlamm-trocknung innerhalb des großen Mühlenteiches selber zu prüfen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Schoppmeyer unterbricht die Sitzung um 18.24 Uhr und erteilt Herrn Rolwes das Wort zu TOP 12.

Herr Rolwes fordert im Namen der Bürger von Kloster Oesede, dass der Mühlenteich ausgebaut wird. Dass der erneute Einsatz des Mittels SchlixPlus favorisiert werde, finde keine Zustimmung. Es müsse nun endlich gehandelt werden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Schoppmeyer dankt Herrn Rolwes für die Ausführungen und öffnet die Sitzung um 18.26 Uhr wieder.

Herr Rehm meldet sich zu Wort und benennt die Untere Wasserbehörde als Schuldigen für das lange Verfahren. Die Verwaltung treffe keine Schuld.

Das Ausbaggern lehne er im Namen der CDU Fraktion ab. Die Ausbaggerung am Casino-Park könne zum Vergleich nicht herangezogen werden, da hier nur der Sandfang ausgebaut worden ist.

Es solle nun der eingeschlagene Weg weiter gegangen werden und das Mittel SchlixPlus erneut eingebracht werden. Es gelte den kleinen Teich zu schützen und nicht als Extrapolder

zu nutzen. Weiterhin gelte es, den Bereich um den Mühlenteich als Naherholungsgebiet zu fördern.

Das Mittel SchlixPlus solle nun nochmals eingebracht werden und am Ende des Jahres eine Neueinschätzung der Lage erfolgen.

Herr Beermann äußert, dass nach seinem Kenntnisstand mehrere Firmen bereit seien, einen Kostenvoranschlag zu machen. Es müssten schließlich alle Alternativen untersucht werden.

Herr Daudt sieht den Einsatz des Mittels SchlixPlus ebenfalls kritisch.

Es sollten die konkreten Kosten für das Ausbaggern und Abfahren des Schlammes ermittelt werden.

Die Genehmigungen des Landkreises könnten erneuert bzw. geändert werden.

Für den kleinen Teich sehe er keine Gefahr und den Aufwand halte er zum heutigen Zeitpunkt geringer, da das Mittel SchlixPlus bereits einen größeren Teil des Schlammes zersetzt hätte. Auf jeden Fall sollte keine weitere Zeit vergeudet werden.

Herr Grothaus favorisiert den Einsatz des Mittels SchlixPlus, weil die Kosten zumindest in diesem Jahr geringer wären, als das Ausbaggern und Abfahren.

Herr Symanzik fordert, erst einen Kostenvoranschlag einzuholen und kein Geld für den Einsatz des Mittels SchlixPlus zu verschwenden.

Herr Beermann schlägt vor, die beiden Beschlussvorschläge zu trennen.

Herr Bürgermeister Pohlmann bittet darum, die gesamte Geschichte rund um den Mühlenteich zu betrachten. Auslöser der heutigen Problematik war der Landkreis mit seinem Verbot, den Mühlenteich aufgrund der Einwendungen der Naturschutzverbände, auszubaggern. Es sei nun einmal nachgewiesen, dass das Mittel SchlixPlus den Schlamm reduziert.

Der Ausschussvorsitzende lässt sodann über die Beschlussvorschläge abstimmen.

Der Beschlussvorschlag A wird mit 8 Nein zu 5 Ja-Stimmen abgelehnt.

Der Beschlussvorschlag B wird in Ergänzung wie folgt einstimmig beschlossen:

Die konkret zu erwartenden Kosten, die durch das Ausbaggern des Mühlenteiches (großer Teich) entstehen, werden durch Einholung eines Kostenvoranschlages ermittelt.

Es wird ein Ingenieurbüro beauftragt, ein konkretes Leistungsverzeichnis zu erstellen. Das Ingenieurbüro erstellt auf dieser Basis auch die neu erforderlichen Anträge zum Ausbaggern des Mühlenteiches.

Folgender Beschluss wird gefasst:

Beschlussvorschlag A:

Im Jahre 2014 soll entsprechend den Empfehlungen des Limnologen verfahren werden und das Mittel SchlixPlus erneut eingebracht werden.

Der Beschlussvorschlag A wird mit 8 Nein zu 5 Ja-Stimmen abgelehnt.

Beschlussvorschlag B:

Die konkret zu erwartenden Kosten, die durch das Ausbaggern des Mühlenteiches (großer Teich) entstehen, werden durch Einholung eines Kostenvoranschlages ermittelt. Es wird ein Ingenieurbüro beauftragt, ein konkretes Leistungsverzeichnis zu erstellen. Das Ingenieurbüro erstellt auf dieser Basis auch die neu erforderlichen Anträge zum Ausbaggern des Mühlenteiches.

Der Beschlussvorschlag B wird mit der Ergänzung einstimmig beschlossen.

13. Beantwortung von Anfragen

Herr Beermann bittet darum, dass der Beantwortung von Anfragen zukünftig wieder mehr Bedeutung zugemessen wird.

Das eingeführte Managementsystem zur Beantwortung von Anfragen müsse unbedingt weitergeführt werden.

14. Anfragen

14.1. Lärmschutzwall B51

Herr Beermann hinterfragt die rechtliche Grundlage des geplanten Lärmschutzwalles und möchte wissen, welche Bodenqualität und welche Menge für die Errichtung benötigt wird.

Herr Möllenkamp antwortet hierzu in der Sitzung, dass der Boden eine hohe Festigkeit aufweisen müsse, um ihn nach Möglichkeit sofort einbauen zu können. Sofern der Boden, der in einer Menge von ca. 30.000 m³ benötigt wird, vorher noch behandelt werden müsse, würden zusätzliche Kosten entstehen.

Herr Reinersmann ergänzt, dass der Sockel des Walles auch noch entsprechend vorbereitet werden müsse und eine Anlieferung lediglich in den Sommerferien und maximal in 2 Bauphasen über die B51 erfolgen könne.

14.2. Lärmschutzwand B51

Herr Lorenz wiederholt seine Anfrage vom 28.04.2014 und möchte nun konkret wissen, welche Person bei der Straßenbaubehörde in Osnabrück die Aussagen zur Ablösungszahlungen für die Lärmschutzwand gemacht hat. Er wolle die Richtigkeit der Aussage beim zuständigen Ministerium hinterfragen.

Herr Reinersmann antwortet hierauf in der Sitzung, dass die Aussage vom stellvertretenden Leiter, Herrn Dr. Engelmann zu verantworten sein werde.

14.3. Ampelschaltung Kreuzung B51/Wellendorfer Straße

Herr Beermann bittet darum, die Ampelschaltung prüfen zu lassen, da der Verkehrsfluss, und hier besonders der der Rechtsabbieger von der Wellendorfer Straße, negativ beeinflusst werden würde.

Herr Telkamp sagt diesbezüglich Gespräche mit dem zuständigen Fachbereich II zu.

Herr Bürgermeister Pohlmann ergänzt, dass die dortige Problematik größer sei und sich nicht nur auf die Ampelschaltung beschränke.

14.4. Ampelschaltung Schulstraße/Raiffeisenstr. zur Geschwindigkeitsreduzierung

Herr Symanzik erneuert seine Anfrage aus der Sitzung vom 16.09.2013 zu der Möglichkeit, die Ampelschaltung an der Kreuzung Schulstr./Raiffeisenstr. zur Reduzierung der dortigen Geschwindigkeit der Verkehrsteilnehmer zu nutzen. Die zur vorangegangenen Anfrage erfolgte Antwort des zuständigen Fachbereiches II im Protokoll zur Sitzung vom 17.02.2014 sei für ihn unbefriedigend. Es gebe viele Beispiele, z.B. im Kreis Minden-Lübbecke, wo dies bereits erfolgreich praktiziert werden würde. Er bittet um erneute Prüfung.

14.5. Anfrage Normenkontrollverfahren Parkplatz Hindenburgstraße

Herr Lorenz erkundigt sich nach dem Sachstand im Normenkontrollverfahren in der Angelegenheit Parkplatz Hindenburgstraße.

14.6. Anfrage Sachstand BVA Willebrand

Herr Daudt möchte wissen, ob in der Angelegenheit weitere Informationen seitens der Antragsteller, z.B. über die Gespräche mit Grundstücksnachbarn vorgelegt worden seien.

14.7. Anfrage Ablehnung BVA Wüller

Herr Gröne hinterfragt zur Ablehnung der Bauvoranfrage Wüller aus der Ausschusssitzung vom 28.04.2014, warum die positive Meinung der vier direkten Nachbarn nicht in die Bewertung eingeflossen ist.

Hierauf wird von Seiten der Verwaltung geantwortet, dass eine großflächige Befragung ohnehin erfolgen werde.

Herr Gröne fragt nach, wann dies geschehen werde.

Herr Frühling antwortet hierauf, dass das in Kürze geschehen werde.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Schoppmeyer
Vorsitz

i. A. Bürgermeister

Protokollführung